



Hauptausschuss

91. Sitzung (öffentlich)

17. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:38 Uhr bis 12:33 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 | Zweiter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge
(Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag) | 6 |
- Antrag
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 17/16231
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

2 Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften 7

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15264

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16700

Ausschussprotokoll 17/1675 (Anhörung vom 09.12.2021)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

3 Gesetz zur Novellierung der nordrhein-westfälischen Landesjustizvollzugsgesetze 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15234

Ausschussprotokoll 17/1700 (Anhörung vom 19.01.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Beratung zu beenden.

4 Kampf gegen Antisemitismus ohne Scheuklappen – antijüdische Ressentiments in all ihren Ausformungen entlarven, anprangern und kompromisslos sanktionieren. 10

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16273

Schriftliche Anhörung
des Hauptausschusses
Tableau mit Übersicht über die Stellungnahmen (*s. Anlage 1*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5 Berufsverbote in NRW aufarbeiten, Lehren für die Zukunft ziehen 16

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15633

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 Benennung der Landesregierung für die unabhängigen Kommissionen zu Missbrauch in der Katholischen Kirche (*Bericht beantragt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) 20

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6584

– Wortbeiträge

7 Umgang mit Beschlüssen des Jugendlandtags (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **23**

– mündlicher Bericht von RB'e Isabel Hohmann (Landtagsverwaltung)

– Wortbeiträge

8 Verschiedenes **26**

a) Erinnerung an Sitzungstermin am 31.03.2022 **26**

b) Entfallen des Bedarfstermins am 28.04.2022 **26**

Der Ausschuss kommt überein, den Bedarfstermin am 28.04.2022 nach heutigem Stand nicht in Anspruch zu nehmen.

* * *

1 **Zweiter Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag)**

Antrag

auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag

gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung

Drucksache 17/16231

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – sowie an den Hauptausschuss am 26.01.2022)

Daniel Hagemeier (CDU) fasst zusammen, wesentliche Änderungen im Medienänderungsstaatsvertrag betreffen die Barrierefreiheit der Medien, die seine Fraktion ausdrücklich begrüße. Alle Menschen hätten ein Recht auf unmittelbare Information; Menschen mit Behinderung müssten also gleichberechtigt mit anderen ihr Recht auf Medienäußerung und Meinungsfreiheit ausüben können, wozu die Barrierefreiheit entscheidend beitrage.

Es sei an der Zeit, dass ein Medienänderungsstaatsvertrag zur barrierefreien Gestaltung von Medien zustande komme, erklärt **Helmut Seifen (AfD)**. Leider geschehe dies nun erst nach Ausübung von Druck durch die EU so umfangreich.

Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, da einerseits Behindertenverbände massive Kritik an dem Staatsvertrag erhöhen, es sich andererseits aber um einen ersten Schritt in die richtige Richtung handele und sie den Vertrag wohlwollend begleitend wolle.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

